

Regierungen im Visier: Angriffe auf Blockchain und Krypto-Anleger in Gefahr!

Cybersicherheitsexperten empfehlen den Regierungen, Blockchains gezielt anzugreifen, um Geldwäsche zu bekämpfen. Erfahren Sie mehr über die vorgeschlagenen Strategien und ihre Auswirkungen auf den Kryptowährungsmarkt.

Im Kryptobereich sorgt eine neue Studie für Aufregung, in der Cybersicherheitsexperten den Regierungen empfehlen, gezielte Angriffe auf öffentliche Blockchains durchzuführen. Diese Empfehlungen wurden im Journal of Cybersecurity veröffentlicht und bieten einen Einblick in mögliche Strategien zur Bekämpfung von Geldwäschevorwürfen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Privacy-Coins, die die Identität der Nutzer verschleiern.

Die Empfehlungen schlagen eine Reihe von aggressiven Maßnahmen vor, die darauf abzielen, das Vertrauen in Blockchain-Technologien zu untergraben. Dies könnte dazu führen, dass Nutzer in Scharen aus diesen Netzwerken flüchten. Ein zentrales Element der angestrebten Strategie sind sogenannte 51%-Angriffe, bei denen Angreifer die Kontrolle über mehr als die Hälfte der Validatoren erlangen würden. Damit könnten sie Transaktionen manipulieren, was für Investoren alarmierend ist.

Strategien zur Untergrabung von Vertrauen

Eine weitere praktikable Strategie, die in der Studie erwähnt

wird, ist die Preisunterdrückung. Ähnlich wie bei Edelmetallen könnten Regierungen daran interessiert sein, die Preise kryptowährungsbasierter Vermögenswerte zu drücken, um das Vertrauen in nationale Währungen zu erhalten. Diese Techniken sind nicht neu und wurden bereits zuvor in der Finanzgeschichte beobachtet.

Zusätzlich erwägen die Experten Sybill-Angriffe, bei denen falsche Identitäten genutzt werden, um die Kontrolle über Netzwerke zu erlangen. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Dezentralisierung dar, die als eine der wichtigsten Eigenschaften von Blockchains gilt, und könnte fundamentale Strukturen within Decentralized Autonomous Organizations (DAOs) gefährden.

Die Studie empfiehlt auch, dass Anbieter von virtuellen Vermögenswerten sich registrieren müssen, um strengeren Auflagen zu unterliegen. Die Einhaltung von Anti-Geldwäsche (AML) und der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (CFT) ist von hoher Bedeutung, um ein gewisses Maß an Kontrolle über den Kryptomarkt zu behalten.

Ein weiterer Vorschlag ist die Einführung einer automatischen Berichterstattung für Privacy-Coins, um verschleierte Transaktionen besser überwachen zu können. Diese Maßnahmen sollen jedoch nur als letzte Optionen gesehen werden. Zunächst sollten weniger drastische Maßnahmen in Betracht gezogen werden, wie etwa die Sperrung von Wallet-Adressen oder die Kennzeichnung verdächtiger Transaktionen.

Es ist bemerkenswert, dass diese brisante Studie bereits seit drei Jahren veröffentlicht ist, aber nun erneut ins Rampenlicht gerückt ist, insbesondere da immer mehr Regierungen ihre Aufmerksamkeit auf Privacy-Coins wie Monero richten. Laut www.finanznachrichten.de sind die Herausforderungen, mit denen kryptofreundliche Banken aufgrund von Operation Chokepoint 2.0 konfrontiert sind, beunruhigend.

Die Situation könnte sich weiter verschärfen, wenn die Empfehlungen aus der Studie tatsächlich umgesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies auf das Vertrauen in Blockchain-Technologien auswirkt und welche direkten Konsequenzen sich für Investoren ergeben könnten. Ein weiteres Augenmerk liegt darauf, dass die individuellen Privatsphäre der Nutzer geschützt werden sollte, was in der Debatte um die Regulierung von Kryptowährungen oft vernachlässigt wird.

Jetzt ist die Krypto-Community gefordert, auf diese Herausforderungen zu reagieren und sich auf mögliche Veränderungen im regulatorischen Umfeld einzustellen. Die wichtigen gesellschaftlichen Fragen, die im Rahmen dieser Entwicklung entstehen, sind vielschichtig und bedürfen eines sorgfältigen Austauschs zwischen den Akteuren.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at